

Teilreferat auf der LMV der DKP Saarland am 24.07.22

Rainer Dörrenbecher, Mitglied des Bezirksvorstands

Zu den Meinungsverschieden in der DKP

Meine Grund- und Ausgangsposition ist: die Meinungsverschiedenheiten sind Ausdruck unterschiedlicher Schlussfolgerungen aus der Entwicklung der Produktivkräfte; sie sind Ausdruck des Suchens nach Antworten auf neue Herausforderungen und des Festhaltens an alten Antworten. Ich will damit darauf hinweisen, dass es sich bei den Auseinandersetzungen in der DKP nicht um einen persönlichen Meinungsstreit etwa zwischen Patrik und Thomas, oder Hans-Peter Brenner und mir, oder Wera Richter und Heinz Stehr handelt. Deutliche Unterschiede in der Politik und Programmatik gibt es in und zwischen den kommunistischen und marxistisch orientierten Parteien in Europa und darüber hinaus. Die Ursachen dafür sehe ich im Wesentlichen in **zwei** gesellschaftspolitischen Themen. Einmal in der Betrachtung der Entwicklungen der Produktivkräfte seit Mitte der 60er Jahre und vor allem der letzten 30 Jahre. Und zweitens im Selbstverständnis einer Kommunistischen Partei im 21. Jahrhundert.

Ich kann mich wegen des Zeitrahmens dazu nur thesenhaft äußern, trotzdem ist der Beitrag etwas länger. Meine Aussagen sind alle in Referaten, Ausarbeitungen und Dokumenten nachzuvollziehen.

Meine Ausgangsfrage ist, reicht es aus, den gegenwärtigen Kapitalismus/Imperialismus noch so zu betrachten, wie Lenin vor 100 Jahren und wir dies noch Anfang der 70er Jahre konnten; oder haben Entwicklungen neue Kriterien hervorgebracht? Dabei ist uns bewusst, dass die Entwicklung der Produktivkräfte kein Naturprozess ist, sondern innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise durch die Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung und durch das Handeln der Monopole vorangebracht wird.

Als sich 1968 die DKP konstituierte, hatte sich in der BRD die monopolkapitalistische Entwicklung zum imperialistischen Staat voll herausgebildet. Die Veränderungen der gesellschaftlichen Klassenstruktur mit dem Monopolkapital als Haupthindernis für gesellschaftlichen Fortschritt veranlasste schon die KPD in ihrem Programm-Entwurf von 1967 zu entsprechenden Schlussfolgerungen. Es wurde die Konzeption des antimonopolistischen Kampfes und die Orientierung auf derartige Bündnisse entwickelt. Diese strategische Orientierung zieht sich wie ein Roter Faden durch alle unsere programmatischen Dokumente, auch noch in den aktuellen.

Nicht von allen Genossinnen und Genossen wurde diese Konzeption anerkannt; immer gab es auch die Auffassung der Konzentration des Kampfes Arbeiterklasse gegen Bourgeoisie, Klasse gegen Klasse, ohne eine antimonopolistische Bündnispolitik. Und bis Mitte der 1950er Jahre hatte die KPD ja auch ihre linksradikalen Phasen.

Die Überzeugung von der Notwendigkeit des antimonopolistischen Kampfes bedeutet allerdings nicht Übereinstimmung in allen politischen Wertungen und Schlussfolgerungen. Und darum ging es und geht es gegenwärtig.

In den 1960er Jahren hatte eine deutliche Änderung der industriellen Struktur begonnen. Stichworte sind Bergbau und Eisenschaffende Industrie mit beeindruckenden Widerstandsaktionen gegen Betriebsstillegungen. Die Entwicklung der Produktivkräfte jedoch ließ sich nicht aufhalten. Andere Bereiche der materiellen Produktion gewannen an Bedeutung. Vor allem verschiedene Bereiche des öffentlichen Dienstes und der Finanzwirtschaft entwickelten sich. Die soziale Schicht der Intellektuellen wuchs deutlich an und verwandelte sich immer mehr in eine neue Schicht der Arbeiter*innenklasse. Die Klasse wurde auch immer weiblicher.

Wir waren damals noch gut dran. Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, das Institut für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt u.a. führten zu diesen Strukturveränderungen der Arbeiter*innenklasse wissenschaftliche Studien durch - wichtige Grundlagen für die DKP zur Weiterentwicklung der Politik. Auch Institute anderer Kommunistischer Parteien, wie das Maurice-Thorez-Institut in Paris führten derartige Studien durch. In der kommunistischen Bewegung des kapitalistischen Europa entstand eine widersprüchliche Diskussion; die Schlussfolgerungen und Entwicklungen waren sehr unterschiedlich.

Die angesprochenen Übergangs- und neuen Schichten der Arbeiter*innenklasse politisierten sich ohne Bezug zu den Gewerkschaften. Die sozialen Widersprüche des Kapitalismus, die demokratischen Einschränkungen, die Aufrüstungspolitik und weitere Probleme führten zu neuen Formen der Selbstorganisation der Betroffenen. Es entstanden die Neuen sozialen Bewegungen.

Diese waren sehr vielfältig in ihren politischen Forderungen und Konzepten und weltanschaulich genauso vielfältig. Das reichte von der Esoterik bis zu marxistisch beeinflussten Auffassungen. So setzten wir uns zuerst mit diesem kleinbürgerlichen Bewusstsein auseinander. Robert Steigerwald schrieb gar ein Buch dazu. Es dauerte bis 1986 als wir beim 8. Parteitag in den Thesen „Neue Fragen des Kampfes für Frieden und Arbeit - für eine demokratische Wende“ die Neuen sozialen Bewegungen trotz grundlegender gesellschaftspolitischer Meinungsverschiedenheiten als Bündnispartner im antimonopolistischen Kampf anerkannten.

In der Folge entwickelten sich in unserer Partei drei Meinungsströmungen. Eine starke Mehrheit um die Parteiführung stellte sich auf Grundlage dieser Thesen den neuen Anforderungen und entwickelte politische Alternativen; eine zweite - ich nenne sie eine konservative Strömung - die den Neuen sozialen Bewegungen weiterhin ablehnend gegenüberstand, die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Produktivkraftentwicklungen ignorierte und die sich ausschließlich auf den traditionellen Kern der Arbeiterklasse orientierte; und eine neue Strömung, die als „Erneuerer“ der DKP auftrat. Politisch und theoretisch geprägt von den neuen Bewegungen, waren diese der Auffassung, die kommunistische Partei habe sich überlebt und müsse sich in eine breite linke, marxistisch orientierte Bewegung umgestalten. Das wäre dann keine Erneuerung der DKP gewesen, sondern ihre Auflösung.

Unsere Auseinandersetzungen fanden ein jähes Ende mit dem Zusammenbruch des Realen Sozialismus in Europa, der zunächst auch einen Zusammenbruch des Sozialismus als Weltanschauung bedeutete. Unter völlig veränderten und schwierigen Bedingungen begannen wir auf Grundlage der theoretischen Erkenntnisse von Marx, Engel und Lenin einen Neuanfang. 1993, auf dem 12. Parteitag gaben wir uns mit den „Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP“ ein programmatisches Minimaldokument. Mehr war bei der Unsicherheit und der Vielfalt an Auffassungen nicht möglich.

In dieser Zeit, den 90er Jahren vollzog sich eine bedeutende Weiterentwicklung der Produktivkräfte, Stichworte: 1991 wurde das Internet weltweit kommerziell verfügbar, die Globalisierung setzte sich durch und es vollzog sich eine ebenfalls bedeutende Weiterentwicklung der inneren Struktur des Imperialismus zum Finanzmarktgetriebenen Imperialismus. Es entstanden Finanzgesellschaften, deren Kapital größer war, als der Staatshaushalt mittlerer Ländern. Gesellschaftspolitisch setzte sich der Neoliberalismus durch, in der Ökonomie, der Politik und Ideologie.

Das Internationale Finanzkapital drängte in Europa auf einen einheitlichen Markt der Kapitalverwertung und Währung. Mit der EU-Kommission und den weiteren Institutionen und dem ausgesprochen neoliberalen Verfassungsvertrag wurden der politische Rahmen und die Strukturen dazu geschaffen; mit dem Euro die einheitliche Währung. Die EU wurde als supranationale Institution mit weitgehenden Befugnissen gegenüber den Mitgliedsländern geschaffen.

Dies war die Zeit, als die Schröder/Fischer Regierung gebildet wurde mit der Agenda 2010, der deutschen Variante der sozialdemokratisch-neoliberalen Blair-Schröder-Konzeption und der kurzzeitige SPD-Vorsitzende Müntefering über die „Heuschrecken“ jammerte.

Es war auch die Zeit, in der sich in unserer Partei zwei Strömungen herausbildeten.

Im Jahr 2000 veröffentlichte unser „Neue Impulse Verlag“ das Buch „Imperialismus heute“, eine Studie eines Autorenkollektivs der kubanischen KP. Darin wurden die Entwicklungen der Globalisierung, des Transnationalen Imperialismus und des Neoliberalismus erforscht und dargestellt. Die Marxistischen Blätter, die Zeitschrift „Marxistische Erneuerung“, das Münchner Institut ISW u.a. setzten sich mit diesen Entwicklungen auseinander. Ja, es kam auch zu fragwürdigen Schlussfolgerungen, wie die längst aufgebene These des ISW vom kollektiven Imperialismus.

In dem Parteitagdokument „DKP - Partei der Arbeiterklasse - Ihr politischer Platz heute“ haben wir im gleichen Jahr erstmals eine Analyse des „heutigen Imperialismus als Herausforderung“ vorgenommen.

Bei der Diskussion des Themas wurde deutlich, dass der von mir als konservative Strömung bezeichnete Teil der Partei die neuen Entwicklungen nicht in ihrer Gesamtheit betrachtete, sondern immer nur die Einzelercheinungen. Globalisierung und die Bedeutung des transnationalen Finanzkapitals wurden bestritten. Der Begriff des Neoliberalismus wurde vehement bekämpft und als bürgerlicher Begriff diffamiert. In der internationalen marxistischen Diskussion war er längst üblich.

Die EU wurde und wird als ein „imperialistisches Konstrukt unter Führung des deutschen Imperialismus“ betrachtet und der deutsche Imperialismus als dominierende Führungsmacht in der EU, als gäbe es noch das „Deutsche Monopolkapital“. Die Deutsche Bank ist seit mehr als 20 Jahren noch zur Hälfte deutsch; Daimler, VW, BASF, die Bayer AG Leverkusen, die vier Energiemonopole, wieviel Prozent sind da noch deutsch? Die Deutschland AG ist nur noch eine Fiktion. Gleichwohl sind die nationalen Regierungen dafür verantwortlich, dass der Laden läuft, die Verwertungsbedingungen des Kapitals vor Ort passen. Fragen wir doch mal unsere Landesregierung, wie gut das in Saarlouis und Merzig klappt.

Diese unterschiedlichen Betrachtungen des gegenwärtigen Imperialismus in seiner neoliberalen Ausprägung haben deutliche Auswirkungen auf die politischen Schlussfolgerungen. Wir unterstützen die globalisierungskritischen und gegen das Finanzkapital gerichteten Bewegungen, arbeiten mit in der Ökologie- und Klimaschutzbewegung. Im Parteiprogramm orientieren wir darauf, diese u.a. Bewegungen zu breiten antineoliberalen Allianzen und mit der Arbeiterbewegung zusammenzuführen um die neoliberale Dominanz zu überwinden.

Der konservative Teil der Partei lehnt diese Orientierung ab, da sie die genannten Entwicklungen des Imperialismus nicht anerkennen. Bestürzend für mich ist, dass die Genossinnen und Genossen die marxistische wissenschaftliche Diskussion und Erkenntnisse der letzten 20 Jahre ignorieren. „Analysen“ sind Eigenprodukte, der Bereich Wirtschafts- und Sozialpolitik wird von einer Arbeitsgruppe der Kommunistischen Arbeiterzeitung bearbeitet. Selbst Beiträge in den Marxistischen Blättern werden ignoriert. Marx, Engels und Lenin sind zu Ikonen degradiert. Seit dem 20. Parteitag mit der Wende der Mehrheit findet ihr nur ein Referat auf einer PV-Tagung, das sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützt. Es ist das Referat von Tina Sanders, langjähriges Mitglied des PV und zuletzt Leiterin der Ökologiekommision, vom September 2021 zur Ökologie- und Klimapolitik. Das Referat verschwand in der Schublade, Tina ist nach dem 24. Parteitag im Mai ausgetreten.

Auf der PV-Tagung am 25./26. Juni, der 1. nach dem Online-Parteitag, hatte Patrik das Hauptreferat zur Thematik „Arbeiterklasse, Arbeiterbewegung heute und Aufgaben der DKP als Partei der Arbeiterklasse“ gehalten. Nebenbei bemerkt: die männliche Arbeiterklasse ist im Original durchgängig, die Frauen sucht ihr vergeblich. Ich kann jetzt keine umfassende kritische Darstellung vornehmen und nenne nur einige Stichworte, unvollständig. Ausgehend vom marxistischen Klassenbegriff werden allgemeine Veränderungen der Klassenstruktur der Arbeiterklasse, der Klassenstruktur der anderen werktätigen Schichten und des Kapitals benannt. Zur Orientierung der DKP bezieht sich Patrik auf die 8. PV-Tagung von 1987. Er beschränkt sich dabei allerdings auf die Aussagen zum damaligen Kern der Arbeiterklasse. Weitergehende Aussagen benennt er nicht.

Im weiteren geht es um Probleme der Bewusstseinsentwicklung in der Arbeiterklasse, als allgemeines Problem. Relativ ausführlich befasst sich Patrik mit den Problemen der Digitalisierung im Rahmen der „Produktivkraftentwicklung und Folgen für den Verkauf der Ware Arbeitskraft“.

Und das, womit sich gegenwärtig die ganze Welt beschäftigt, die Klimapolitik wird nicht einmal genannt. Die ökologische und Klimakrise wird in ihrer Tiefe einfach nicht erkannt oder nicht beachtet. Es geht um mehr als eine Energie- und Verkehrswende. Erkenntnisse marxistischer Wissenschaftler*innen zur Notwendigkeit der gravierenden Änderung der Produktions- und Lebensweise werden ignoriert.

Inzwischen drängen die UNO mit ihren Unterorganisationen, es drängt die ganze Welt nach wirksamen Maßnahmen. Das Finanz- und Industriekapital, die Regierungen der G7 haben begonnen einen in ihrem Sinn zukunftsfähigen grünen Kapitalismus zu organisieren.

Müssen wir als Kommunistische Partei nicht dringend ein politisches Konzept entwickeln, wissend, dass die herrschende Klasse die Richtung bestimmt?

In dem Referat spielen erneut - außer den Gewerkschaften - Bewegungen, Kräfte des Widerstandes, antimonopolistische Bündniskräfte keine Rolle. Die Klimabewegung wird in der Partei gar als kleinbürgerliche, gegen die Interessen der Arbeiter*innenklasse gerichtete Bewegung diffamiert.

Das Referat nennt sich „Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung heute“. Doch es nimmt keinen Bezug zu der aktuellen zugespitzten, gefährlichen Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden, wie sie Thomas dargestellt hat. Das „heute“ fehlt. Wenn ich im Juni 2022 über Bewusstsein der Arbeiter*innenklasse spreche, muss ich dann nicht auf die aktuelle Situation eingehen? Ich habe den Eindruck der Russland-Ukraine-Krieg mit all seinen Auswirkungen und Gefahren wird nur als störendes Element der eigenen Vorstellungen behandelt.

In der Beilage der aktuellen Marxistischen Blätter las ich einen Abschnitt, den ich für unsere Situation sehr treffend finde. Das Zitat ist von Dimitrios Patelis, marxistischer Philosophieprofessor in Griechenland: „Unsere im Parlament vertretene KKE hat sich jedenfalls wenig darum bemüht, zu erkunden, welche realen Veränderungen sich in der kapitalistischen Welt seit Lenins Imperialismus-Theorie vollzogen haben, seit den frühsozialistischen Revolutionen und den antikolonialen Befreiungsbewegungen, seit Aufstieg und Zerfall der UdSSR und der osteuropäischen staatssozialistischen Länder, mit der Restauration der Kapitalherrschaft in dieser Region, mit den Umwälzungen in der Weltwirtschaft durch wissenschaftlich-technische Revolution, Digitalisierung und Globalisierung der Produktions- und Austauschprozesse und was das alles für eine linke Bewegung zu bedeuten hat.“

Zu dem zweiten Teil, dem Selbstverständnis als Kommunistische Partei.

Anfang der 90er Jahre gaben wir uns ein neues Statut. Dieses Statut ist eine Abkehr von den traditionellen zentralistischen Vorstellungen, die noch auf die Statuten der Komintern zurückgehen. Das Statut beinhaltet wesentlich erweiterte Rechte der Mitglieder und untergeordneten Organisationseinheiten. Es bringt ein mehr demokratisches Parteiverständnis und das gewachsene politische Selbstbewusstsein der Parteimitglieder zum Ausdruck. Auch die damalige noch lebende ältere Parteigeneration um die Genossin Ellen Weber und die Genossen Gerns, Steigerwald, Günter Judick, Kurt Steinhaus, Josef Schleifstein, Georg Polkeit und noch weitere haben dieses gewandelte, an veränderten Bedingungen orientierte Parteiverständnis unterstützt.

Mit der konservativen Mehrheit wird nun das Parteiverständnis wieder in die 50er Jahre zurückgewendet. Sprachlich wird dies mit der Durchsetzung des Begriffs der DKP als marxistisch-leninistische Partei erkenntlich und in den Begründungen für diesen Beschluss wird dies deutlich gesagt. Die Stigmatisierung des „Netzwerk Kommunistische Politik“ als parteifeindliche Fraktion und der Unvereinbarkeitsbeschluss widersprechen Geist und Text des Statuts. Wen kümmert dies, Mehrheit ist Mehrheit.

Die stellvertretende Parteivorsitzende Wera hatte auf der genannten 1. PV-Tagung erklärt, unsere Erklärung zum 24. Parteitag sei „eine Ankündigung, endgültig mit unseren Statuten brechen zu wollen. Das können wir, wenn es vollzogen wird, sicherlich so nicht stehen lassen.“ Wera irrt. Wir brechen nicht mit dem Statut, wir nehmen statuarische Rechte wahr. Das Statut schreibt dem PV in Artikel 3 vor, zu strittigen Fragen eine breite Diskussion zu organisieren. Zu welcher strittigen Frage gab es seit 2013 eine breite Parteidiskussion?

Unterschiedliche Auffassungen gibt es auch zum Geschichtsverständnis. Auf dem 14. Parteitag 1998 wurde eine Arbeits- und Diskussionsgrundlage verabschiedet zu den „Sozialismusvorstellungen der DKP“. In der Diskussion dieser Thematik wurde deutlich, ein Teil der Parteimitglieder und Funktionsträger*innen war nicht bereit über Fehler und Schwächen des Realen Sozialismus oder gar die Verbrechen während der Stalin-Zeit zu sprechen und lehnte dies in einem Parteidokument ab. Ebenso lehnten sie eine Diskussion über die Weiterentwicklung demokratischer Strukturen und der Machtausübung in einem zukünftigen Sozialismus als Revisionismus ab.

Im Parteiprogramm haben wir in dem Abschnitt „Die Erfahrungen des realen Sozialismus“ uns differenziert mit der Thematik auseinandergesetzt. Die Zeit der Repressionen, Massenverfolgungen und Verbrechen in der Sowjetunion wird historisch materialistisch eingeordnet. Für die konservative Mehrheit werden die Verbrechen dieser Periode als bedauerliche Erscheinungen des Klassenkampfes bagatellisiert. In

Beiträgen zur Geschichte wird Stalin immer wieder hervorgehoben, nachgewiesene Fehlentscheidungen werden negiert. Dieses Partei- und Geschichtsverständnis glaubten wir überwunden. Doch Stalins langer Schatten wirkt weiterhin.

Wie kann es weitergehen?

Wir wollen nicht den Münchener Weg gehen. Wir appellieren, Mitglied der DKP zu bleiben. Doch die Partei muss sich verändern. Daran mitzuarbeiten, sind wir weiterhin bereit.

Notwendig ist die Anerkennung der Tatsache, dass es in der DKP unter Kommunistinnen und Kommunisten in wesentlichen Fragen unterschiedliche Auffassungen gibt. In der DKP haben nicht nur wir im Saarland andere Auffassungen. Es macht keinen Sinn zu versuchen, dies zu unterdrücken. Über unterschiedliche Standpunkte kann und müsste ein Diskussionsprozess organisiert werden. Und Diskussionen können nicht mit einem Schlusswort beendet werden.

Es wird auch weiterhin unterschiedliche Standpunkte geben und die Organisationseinheiten werden diese auch vertreten.

Es ist gut, dass der Parteivorstand den Unvereinbarkeitsbeschluss zum Netzwerk Kommunistische Politik bisher nicht angewendet hat. Wenn der Parteivorstand jedoch einen Kurs der Einschränkung der innerparteilichen Demokratie beibehält, wird die DKP keine Zukunft mehr haben.

Das will ich nicht hoffen.